

Bundesgesetzblatt¹⁰⁶⁵

Teil I

Z 5702 A

1986

Ausgegeben zu Bonn am 25. Juli 1986

Nr. 35

Tag	Inhalt	Seite
21. 7. 86	Fünftes Gesetz zur Änderung des Textilkennzeichnungsgesetzes 772-1	1066
21. 7. 86	Gesetz zur Entlastung landwirtschaftlicher Unternehmer von Beiträgen zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung (Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz – SVBEG) neu: 8252-2; 611-1	1070
21. 7. 86	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1986 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1986 – BBVAnpG 86) neu: 2032-12-13; 2032-12-6-2, 53-1	1072
18. 7. 86	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier 7849-2-4-1, 7847-6-8-1	1086
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 23 und Nr. 24	1087
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	1088

Fünftes Gesetz zur Änderung des Textilkennzeichnungsgesetzes

Vom 21. Juli 1986

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Textilkennzeichnungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1972 (BGBl. I S. 1545), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. September 1978 (BGBl. I S. 1545), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Textile Rohstoffe sind Fasern einschließlich Haare, die sich verspinnen oder zu textilen Flächengebilden verarbeiten lassen, sowie flexible Bänder und Schläuche mit einer Normalbreite von höchstens 5 mm, die aus den in der Anlage 1 Nr. 16 bis 38 genannten Fasern hergestellt werden; die Normalbreite ist die Breite des Bandes oder des Schlauchs in gefalteter, abgeflachter, gepreßter oder gedrehter Form oder, bei nicht einheitlicher Breite, die Durchschnittsbreite.“

2. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Statt der Angabe aller Gewichtsanteile in Vorhundertsätzen genügt bei einem Textilerzeugnis, das aus mehreren Faserarten besteht, von denen

1. eine fünfundachtzig vom Hundert des Gewichts erreicht, die Bezeichnung dieser Faserart unter der Angabe ihres Gewichtsanteils in vom Hundert oder unter der Angabe „85 % Mindestgehalt“;
2. keine fünfundachtzig vom Hundert des Gewichts erreicht, die Bezeichnung von mindestens zwei Faserarten mit den höchsten Vorhundertsätzen unter der Angabe ihres jeweiligen Gewichtsanteils sowie die Aufzählung der weiteren Faserarten in absteigender Reihenfolge ihres Gewichtsanteils mit oder ohne Angabe der Vorhundertsätze.“

b) Absatz 6 wird wie folgt gefaßt:

„(6) Die Bezeichnungen „diverse Faserarten“ oder „Erzeugnis unbestimmter Zusammensetzung“ dürfen für Textilerzeugnisse verwendet werden, deren Rohstoffgehalt zum Zeitpunkt der Herstellung nur mit Schwierigkeiten bestimmt werden kann.“

3. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Nettotextilgewicht ist das Gesamtgewicht der zur Herstellung eines Textilerzeugnisses, im Falle des § 8 Abs. 1 und 3 der einzelnen Teile, verwendeten textilen Rohstoffe, vermindert

1. bei allen Textilerzeugnissen um das darin enthaltene Gewicht von

a) nicht textilen Teilen, Webkanten, Etiketten und Abzeichen, Bordüren und Besatz, die nicht Bestandteile des Erzeugnisses sind, mit Textilien überzogene Knöpfe und Schnallen, Schmuckbesatz und sonstigem Zubehör, nichtelastischen Bändern, örtlich begrenzt eingearbeiteten elastischen Fäden und Bändern,

b) Fettstoffen, Bindemitteln, Beschwerungen, Appreturen, Imprägniermitteln und sonstigen Mitteln textiler Ausrüstung sowie Färb- und Druckhilfsmitteln;

2. bei Fußbodenbelägen und Teppichen um sämtliche Teile außer der Nutzschicht, es sei denn, daß alle Schichten den gleichen Rohstoffgehalt haben;

3. bei Möbelbezugstoffen, Vorhängen, Gardinen und Übergardinen sowie Stoffen zu ihrer Herstellung um das darin enthaltene Gewicht der Binde- und Füllketten sowie Binde- und Füllschüsse, die nicht Teil der Nutzschicht bzw. Vorderseite sind;

4. bei anderen als den unter den Nummern 2 und 3 genannten Textilerzeugnissen um das darin enthaltene Gewicht der Versteifungen, Verstärkungen, Einlagestoffe und Bespannungen, Näh- und Verbindungsfäden, sofern sie nicht die Kette und/oder den Schuß des Gewebes ersetzen, der Polsterungen, die nicht der Wärmerhaltung dienen, sowie, vorbehaltlich des § 8 Abs. 1 Satz 2, der Futterstoffe. Verstärkungen sind Fäden oder Stoffe, die an bestimmten, eng begrenzten Stellen das Textilerzeugnis verstärken, versteifen oder verdicken. Nicht zu den auszusondernden Versteifungen zählen die Grundschichten von Textilerzeugnissen, die als Grundlage für die Nutzschicht dienen, vor allem die Grundgewebe von Decken und Doppelgeweben sowie die Grundschichten von Samten, Plüsch und ähnlichen Stoffen.“

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Bei allen Textilerzeugnissen kann das Gesamtgewicht um das Gewicht von sichtbaren und mechanisch trennbaren Fasern gemindert werden, die ausschließlich der Verzierung dienen oder wegen ihrer antistatischen Wirkung (z. B. Metallfasern) zugesetzt werden, sofern deren Anteil am Gesamtgewicht der textilen Rohstoffe sieben vom Hundert, bei antistatischen Fasern zwei vom Hundert, nicht übersteigt; bei den in § 5 Abs. 5 genannten Erzeugnissen wird der Anteil nicht auf das Gesamtgewicht der textilen Rohstoffe, sondern jeweils getrennt auf das Gewicht der Kett- und Schußfäden berechnet.“

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wird wie folgt gefaßt:

„(3) Das Nettotextilgewicht ist unter Anwendung der in Anlage 2 vorgesehenen Zuschläge auf die Trockenmasse einer Faser zu berechnen. Das gleiche gilt sinngemäß für die Berechnung des Gewichts nach § 2 Abs. 1 und § 8 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3. Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Zuschläge zur Berechnung des Nettotextilgewichts in Anlage 2 neu aufzunehmen oder zu streichen, wenn dies zur Erfüllung von Richtlinien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erforderlich ist und der Anpassung an die technische Entwicklung oder der Vereinheitlichung und Verbesserung der Messung dient.“

4. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Diese Toleranz findet auch Anwendung auf die Berechnung des Wollanteils gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 sowie auf die Festlegung der Reihenfolge bei denjenigen Fasern, die gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 2 in absteigender Folge ihres Gewichts ohne Angabe der Vorphundertätze aufgezählt werden. Fremdfasern im Sinne des Absatzes 3 sind bei Ermittlung der zulässigen Herstellungstoleranzen nicht zu berücksichtigen.“

- b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) 1. Bei der Analyse werden die in den Absätzen 1 und 3 aufgeführten Toleranzen getrennt berechnet. Ein Zusammenzählen ist nur dann zulässig, wenn feststeht, daß die bei der Anwendung der Toleranz nach Absatz 3 durch die Analyse festgestellten Fremdfasern von der gleichen chemischen Art sind wie eine oder mehrere der in der Rohstoffgehaltsangabe aufgeführten Fasern.

2. Für besondere Erzeugnisse, deren Herstellungsverfahren höhere Abweichungen erfordern als in den Absätzen 1 und 3 angegeben, sind höhere Toleranzen nur in Ausnahmefällen und bei entsprechendem Nachweis durch den Hersteller zulässig.

3. Absatz 4 findet keine Anwendung auf Absatz 3 letzter Satz.“

5. Dem § 8 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Bei folgenden Textilerzeugnissen kann der Rohstoffgehalt des Gesamtzeugnisses oder der jeweils aufgeführten einzelnen Teile bzw. Bestandteile angegeben werden:

1. Miederwaren; Angaben über Teile, deren Anteil am Gesamtgewicht weniger als zehn vom Hundert beträgt, können unterbleiben. Jedoch ist der Rohstoffgehalt folgender Teile auch dann anzugeben, wenn sie weniger als zehn vom Hundert ausmachen:

- a) äußeres und inneres Gewebe der Schalen und des Rückenteils von Büstenhaltern sowie Einteilern (Korsetts und Korseletts),

- b) Vorderteil, Rückenteil und Seitenteile von Unterteilen (Hüfthalter und Miederhöschchen) sowie Einteilern;

2. ausgebrannte Textilerzeugnisse (Grundmaterial und der Ausbrennung unterworfenen Teile);

3. Stickerei-Textilerzeugnisse (Grundmaterial und Stickereifäden); Angaben über gestickte Teile, deren Anteil weniger als zehn vom Hundert der Oberfläche des Erzeugnisses ausmacht, können unterbleiben;

4. Garne mit einem Kern und einer Umspinnung aus verschiedenen Faserarten, die dem Endverbraucher als solche zum Verkauf angeboten werden (Kern und Umspinnung);

5. Textilerzeugnisse aus Samt, Plüsch oder ähnlichen Stoffen, bei denen Grund- und Nuttschicht nicht den gleichen Rohstoffgehalt haben (Grund- und Nuttschicht);

6. Fußbodenbeläge und Teppiche, bei denen Grund- und Nuttschicht nicht den gleichen Rohstoffgehalt haben; bei diesen Textilerzeugnissen braucht die Zusammensetzung nur für die Nuttschicht angegeben zu werden.“

6. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Bei Nähgarn, Stopfgarn oder Stickgarn, das auf Spulen, Fadenrollen, in Strähnen, Knäueln oder in einer sonstigen kleinen Einheit angeboten wird, können die Einzelpackungen in jeder Gemeinschaftssprache etikettiert sein.“

- b) Absatz 3 wird aufgehoben.

7. § 13 erhält folgende Fassung:

„§ 13

Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. Verfahren der Probeentnahme und der quantitativen Analyse von Textilfasergemischen festzulegen, sofern dies zur Erfüllung von Richtlinien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erforderlich ist und der Vereinfachung oder der sonstigen Verbesserung der Nachprüfung der Rohstoffgehaltsangaben dient;

2. zu bestimmen, in welchem Umfang Fettstoffe, Bindemittel, Beschwerungen, Appreturen, Imprägniermittel und sonstige Mittel textiler Ausrüstung sowie Färbe- und Druckhilfsmittel in Textilerzeugnissen enthalten sein dürfen, sofern dies zur Erfüllung von Richtlinien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erforderlich ist und dem Schutz des Verbrauchers dient;

3. die Anpassungen dieses Gesetzes vorzunehmen, die bei Inkrafttreten des Vertrages über den Beitritt Portugals und des Königreichs Spanien zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erforderlich werden.“

8. Nach § 15 wird folgender § 15 a eingefügt:

„§ 15 a

Textilerzeugnisse, die nach den Vorschriften dieses Gesetzes in der bisher geltenden Fassung gekennzeichnet sind, dürfen noch bis zum 31. Mai 1987

1. in den Verkehr gebracht oder zur Abgabe an letzte Verbraucher feilgehalten,
2. eingeführt (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 des Außenwirtschaftsgesetzes) oder sonst in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden.“

9. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. „Wolle“

für Fasern vom Fell des Schafes (*Ovis aries*). Die Bezeichnung „Wolle“ darf auch zur Benennung eines Gemisches aus Fasern von der Schafschur und aus Haaren der unter Nummer 2 aufgeführten Tiere verwendet werden“.

b) Nummer 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. „Alpaka“, „Lama“, „Kamel“, „Kaschmir“, „Mohair“, „Angora(-Kanin)“, „Vikunja“, „Yak“, „Guanako“, „Biber“, „Fischotter“ mit oder ohne zusätzliche Bezeichnung „Wolle“ oder „Haar“

für Haare nachstehender Tiere:

Alpaka, Lama, Kamel, Kaschmirziege, Angoraziege, Angorakanin, Vikunja, Yak, Guanako, Biber, Fischotter“.

c) In Nummer 9 wird unter der Beschreibung folgender Halbsatz zugefügt:

„sowie Fasern aus *Hibiscus-cannabinus*, *Hibiscus sabdariffa*, *Abutilon avicennae*, *Urena lobata*, *Urena sinuata*“.

d) Nummer 14 wird gestrichen. Die bisherigen Nummern 15 bis 39 werden Nummern 14 bis 38.

e) Nummer 19 wird wie folgt gefaßt:

„19. „Modal“

für regenerierte Zellulosefasern mit hoher Reißkraft und hohem Modul in feuchtem Zustand. Die Reißkraft (B_C) in aufgemachtem Zustand und die Kraft (B_M), die erforderlich ist, um in feuchtem Zustand eine Dehnung von 5 vom Hundert zu erzielen, sind folgende:
 B_C (Zentinewton) $\geq 1,3 \sqrt{T} + 2 T$
 B_M (Zentinewton) $\geq 0,5 \sqrt{T}$
 wobei T die mittlere längenbezogene Masse in Dezitex ist“.

f) In Nummer 27 wird die Bezeichnung „Polyamid“ durch die Bezeichnungen „Polyamid“ oder „Nylon“ ersetzt.

g) Nummer 31 wird wie folgt gefaßt:

„31. „Polyharnstoff“

für Fasern aus linearen Makromolekülen, deren Kette eine Wiederkehr der funktionellen Harnstoffgruppe (NH-CO-NH) aufweist“.

10. Anlage 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Vereinbarte Zuschläge, die zur Berechnung des Gewichts der in einem Textilerzeugnis enthaltenen Fasern verwendet werden müssen“.

b) Nummer 14 wird gestrichen. Die bisherigen Nummern 15 bis 39 werden Nummern 14 bis 38.

c) In Nummer 27 wird die Bezeichnung der Faserarten „Polyamid (6.6)“, „Polyamid 6“ und „Polyamid 11“ in

„Polyamid (6.6)“ oder „Nylon“,

„Polyamid 6“ oder „Nylon“,

„Polyamid 11“ oder „Nylon“,

geändert.

d) Nummer 28 wird wie folgt gefaßt:

„28. Polyester 1,50“.

11. Anlage 3 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 3 wird das Wort „Wappenschilder“ durch das Wort „Abzeichen“ ersetzt.

b) In Nummer 12 wird das Wort „Stoffe“ durch das Wort „Textilerzeugnisse“ ersetzt.

c) Nummer 16 wird gestrichen. Die bisherigen Nummern 17 bis 35 werden Nummern 16 bis 34.

d) Nummer 20 wird wie folgt gefaßt:

„20. Fertige oder noch fertigzustellende handgestickte Tapisserien und Material zu ihrer Herstellung, einschließlich Handstickgarn, das getrennt vom Grundmaterial zum Verkauf angeboten wird und speziell zur Verwendung für solche Tapisserien aufgemacht ist“.

e) In Nummer 22 wird das Wort „Spinnstoffen“ durch das Wort „Textilien“ ersetzt.

f) Folgende Nummern werden angefügt:

„35. Bestattungsartikel

36. Einwegartikel, ausgenommen Watte. Als Einwegartikel gelten Textilerzeugnisse, die einmal oder kurzfristig verwendet werden und deren normale Verwendung eine Wiedereinsetzung für den gleichen Verwendungszweck oder für einen späteren ähnlichen Verwendungszweck ausschließt

37. Den europäischen Arzneimittelvorschriften unterliegende Textilerzeugnisse, wiederverwendbare medizinische und orthopädische Binden und allgemein orthopädisches Textilmaterial, soweit sie in diesen Vorschriften erfaßt werden

38. Textilerzeugnisse einschließlich Seile, Taue und Bindfäden, vorbehaltlich der Nummer 12 der Anlage 4, die normalerweise bestimmt sind

a) zur Verwendung als Werkzeug bei der Herstellung und der Verarbeitung von Gütern,

b) zum Einbau in Maschinen, Anlagen (Heizung, Klimatisierung, Beleuchtung usw.), Haushalts- und anderen Geräten, Fahrzeugen und anderen Transportmitteln

oder zum Betrieb, zur Wartung oder zur Ausrüstung dieser Geräte, ausgenommen getrennt zum Verkauf angebotene Planen und Textilzubehör von Fahrzeugen

39. Textilerzeugnisse für Schutz und Sicherheit, wie z. B. Sicherheitsgurte, Fallschirme, Schwimmwesten, Notrutschen, Brandschutzvorrichtungen, kugelsichere Westen, besondere Schutzanzüge für den Schutz vor Feuer, Chemikalien oder anderen Sicherheitsrisiken
40. Ballonhallen (Sport-, Ausstellungs-, Lagerhallen usw.), sofern Angaben über Leistung und technische Einzelheiten dieser Artikel mitgeliefert werden
41. Segel
42. Textilerzeugnisse für Tiere
43. Fahnen und Banner“.

12. Anlage 4 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„Erzeugnisse, für die lediglich eine globale Kennzeichnung vorgeschrieben ist (§ 11 Abs. 3)“.
- b) Nummer 12 wird wie folgt gefaßt:
„12. Schnüre für Verpackungen und landwirtschaftliche Verwendungszwecke sowie Schnüre, Seile und Taue, soweit sie nicht unter Nummer 38 der Anlage 3 fallen. Für Textilerzeugnisse, die als Schnittstücke verkauft werden, gilt die globale Kennzeichnung für die Aufmachungseinheit (z. B. Rolle)“.

c) Folgende Nummern werden angefügt:

- „15. Haarnetze
16. Krawatten und Fliegen, für Kinder
17. Lätzchen, Seiflappen und Waschhandschuhe
18. Nähgarne, Stopfgarne und Stickgarne, die in kleinen Verkaufseinheiten aufgemacht sind, soweit ihr Nettogewicht 1 g nicht überschreitet
19. Gurte für Vorhänge und Jalousien“.

Artikel 2

Der Bundesminister für Wirtschaft kann den Wortlaut des Textilkennzeichnungsgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung mit neuer Paragraphenfolge im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 21. Juli 1986

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Martin Bangemann

Gesetz
zur Entlastung landwirtschaftlicher Unternehmer
von Beiträgen zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung
(Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz – SVBEG)

Vom 21. Juli 1986

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Berechtigter Personenkreis

(1) Landwirtschaftliche Unternehmer erhalten eine Entlastung von ihren Beiträgen zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung (Entlastung), wenn sie

1. die Voraussetzungen für einen Zuschuß zum Beitrag nach § 3 c Abs. 1 bis 5 und 7 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte erfüllen,
2. die Voraussetzungen für einen Zuschuß zum Beitrag nach § 1 der GAL-Beitragszuschußverordnung vom 21. Mai 1986 (BGBl. I S. 750) erfüllen oder
3. nach § 14 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte beitragspflichtig sind und
 - a) der Wirtschaftswert des Unternehmens 40 000 Deutsche Mark überschreitet,
 - b) das Einkommen ein Siebtel der Bezugsgröße nicht überschreitet und
 - c) das Einkommen einschließlich des Arbeitseinkommens aus der Land- und Forstwirtschaft im Kalenderjahr vor der Antragstellung das 1,2fache der Bezugsgröße nicht überschritten hat.

Für den Wirtschaftswert und das Einkommen nach Satz 1 Nr. 3 sind § 3 c Abs. 1, 2 und 4 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte entsprechend anzuwenden.

(2) Berechtigte nach Absatz 1 erhalten für jeden in ihrem Unternehmen tätigen, nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte versicherungspflichtigen mitarbeitenden Familienangehörigen einen Zuschlag zu ihrer Entlastung.

§ 2

Höhe der Entlastung

(1) Die Entlastung beträgt vorbehaltlich des Absatzes 2 für ein volles Jahr

1. bei den Berechtigten nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1,
 - a) die der Zuschußklasse III (§ 4 b Abs. 1 Satz 1 Buchstabe c des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte) zuzuordnen sind, 2 000 Deutsche Mark,
 - b) die der Zuschußklasse II (§ 4 b Abs. 1 Satz 1 Buchstabe b des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte) zuzuordnen sind, 1 500 Deutsche Mark,
 - c) die der Zuschußklasse I (§ 4 b Abs. 1 Satz 1 Buchstabe a des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte) zuzuordnen sind, 1 300 Deutsche Mark,
2. bei den Berechtigten nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 1 100 Deutsche Mark,

3. bei den Berechtigten nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 1 000 Deutsche Mark.

(2) Berechtigte, die nicht nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte versichert sind, erhalten die Entlastung in Höhe der Hälfte der in Absatz 1 genannten Beträge; diese Verminderung gilt nicht, wenn der Berechtigte auf Antrag von dieser Versicherungspflicht befreit ist.

(3) Der Zuschlag nach § 1 Abs. 2 wird in Höhe eines Drittels der in Absatz 1 genannten Beträge gewährt.

(4) Die Entlastungsbeträge werden auf volle Deutsche Mark aufgerundet.

§ 3

Beginn und Ende der Leistung

(1) Die Entlastung wird ab Beginn des Monats gewährt, in dem die in § 1 genannten Voraussetzungen erfüllt sind, frühestens aber ab 1. Januar 1986.

(2) Sind die in § 1 genannten Voraussetzungen nur für einen Teil des Kalenderjahres erfüllt, besteht ein Anspruch auf die Entlastung nur bis zum Ende des Monats, in dem die Voraussetzungen entfallen sind; der anteilige Betrag der Entlastung wird auf volle Deutsche Mark aufgerundet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn sich die in § 2 Abs. 2 genannten Voraussetzungen im Laufe eines Kalenderjahres ändern. Für das Jahr 1986 sind die am 1. Juli bestehenden Verhältnisse für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni maßgebend.

§ 4

Finanzierung

Die Aufwendungen für die Entlastung trägt der Bund.

§ 5

Verfahren

(1) Die Entlastung wird auf Antrag gewährt, der für das Jahr 1986 bis zum Jahresende und für die folgenden Kalenderjahre jeweils bis zum 30. September gestellt sein muß. Ein gestellter Antrag wirkt zugleich für die folgenden Kalenderjahre. Ist der Berechtigte verstorben, kann der hinterbliebene Ehegatte einen Antrag auf Gewährung der Entlastung nach Satz 1 stellen. Hat der Verstorbene bereits einen Antrag gestellt, gilt dieser Antrag als Antrag des hinterbliebenen Ehegatten.

(2) Ein Antrag auf einen Zuschuß zum Beitrag auf Grund der Vorschriften des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte gilt zugleich als Antrag nach Absatz 1.

(3) Soweit dieses Gesetz nichts anderes vorschreibt, sind die für die Altershilfe für Landwirte geltenden Vorschriften des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte sowie des Ersten, Vierten und Zehnten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend anzuwenden.

§ 6

Fälligkeit

(1) Der Anspruch auf die Entlastung wird zum 1. Januar eines jeden Jahres in Höhe des in § 2 genannten Betrages fällig, frühestens aber mit Beginn des Monats, in dem die in § 1 genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Für das Jahr 1986 wird der Anspruch unter den gleichen Voraussetzungen am 1. August fällig.

(2) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Fälligkeit abweichend von Absatz 1 und das Auszahlungsverfahren zu regeln.

§ 7

Ausführende Stellen, Rechtsweg

(1) Die Entlastung wird von den landwirtschaftlichen Alterskassen (§ 16 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte) durchgeführt. Landesunmittelbare Körperschaften werden im Auftrag des Bundes tätig; bundesunmittelbare Körperschaften unterliegen bei der Ausführung dieses Gesetzes den Weisungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung erteilt werden.

(2) Den ausführenden Stellen werden Verwaltungskosten nicht erstattet.

(3) Über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten dieses Gesetzes ist der Rechtsweg zu den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit gegeben.

§ 8

Änderung des Einkommensteuergesetzes

§ 3 Nr. 17 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 1986 (BGBl. I S. 441), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Mai 1986 (BGBl. I S. 730) geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„17. Leistungen nach dem Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz;“.

§ 9

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 10

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 21. Juli 1986

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
I. Kiechle

Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Gesetz
über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern 1986
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1986 – BBVAnpG 86)

Vom 21. Juli 1986

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Abschnitt I

**Anpassung von Dienst- und
Versorgungsbezügen in Bund und Ländern**

§ 1

An die Stelle der Anlagen IV bis IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1980 (BGBl. I S. 2081), das zuletzt durch das Gesetz vom 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 265) geändert wurde, treten die Anlagen 1 bis 6 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Um 3,5 vom Hundert werden erhöht die

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
 - b) in Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in

Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

§ 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Gewährung eines jährlichen Urlaubsgeldes vom 15. November 1977 (BGBl. I S. 2117, 2120), das zuletzt durch § 35 des Gesetzes vom 6. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

„(1) Das Urlaubsgeld beträgt dreihundert Deutsche Mark, für Beamte und Soldaten mit Grundgehalt aus den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 vierhundertfünfzig Deutsche Mark.“

§ 4

(1) In der Anlage zum Wehrsoldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1978 (BGBl. I S. 265), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 25. Juli 1984 (BGBl. I S. 1004), wird der Betrag „1,80“ durch den Betrag „2,00“ ersetzt.

(2) Absatz 1 gilt nicht im Land Berlin.

§ 5

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1985 vom 25. Februar 1985 (BGBl. I S. 431) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1 S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1985 um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 6 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um 3,5 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 3,4 vom Hundert erhöht.

Abschnitt II

Schlußvorschriften

§ 6

Neufassung des Bundesbesoldungsgesetzes

Der Bundesminister des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

§ 7

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 8

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in Kraft.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 21. Juli 1986

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Dr. Zimmermann

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
Heinrich Windelen

Anlage 1

(Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)**1. Bundesbesoldungsordnung A**

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse							
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 047,19	1 081,84	1 116,49	1 151,14	1 185,79	1 220,44	1 255,09
A 2		1 109,21	1 143,86	1 178,51	1 213,16	1 247,81	1 282,46	1 317,11
A 3		1 188,35	1 224,95	1 261,55	1 298,15	1 334,75	1 371,35	1 407,95
A 4		1 233,29	1 275,64	1 317,99	1 360,34	1 402,69	1 445,04	1 487,39
A 5		1 276,62	1 324,90	1 373,18	1 421,46	1 469,74	1 518,02	1 566,30
A 6		1 351,83	1 401,87	1 451,91	1 501,95	1 551,99	1 602,03	1 652,07
A 7		1 460,63	1 510,67	1 560,71	1 610,75	1 660,79	1 710,83	1 760,87
A 8		1 529,59	1 591,28	1 652,97	1 714,66	1 776,35	1 838,59	1 903,37
A 9	I c	1 709,05	1 772,70	1 839,02	1 905,87	1 973,96	2 048,15	2 122,34
A 10		1 871,40	1 963,58	2 055,76	2 147,94	2 240,12	2 332,30	2 424,48
A 11		2 180,41	2 274,85	2 369,29	2 463,73	2 558,17	2 652,61	2 747,05
A 12		2 374,76	2 487,37	2 599,98	2 712,59	2 825,20	2 937,81	3 050,42
A 13	I b	2 690,65	2 812,24	2 933,83	3 055,42	3 177,01	3 298,60	3 420,19
A 14		2 769,67	2 927,32	3 084,97	3 242,62	3 400,27	3 557,92	3 715,57
A 15		3 122,87	3 296,19	3 469,51	3 642,83	3 816,15	3 989,47	4 162,79
A 16		3 470,86	3 671,32	3 871,78	4 072,24	4 272,70	4 473,16	4 673,62

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	5 549,35
B 2		6 581,59
B 3	I a	6 885,85
B 4		7 343,52
B 5		7 868,60
B 6		8 364,45
B 7		8 846,77
B 8		9 349,52
B 9		9 973,75
B 10		11 912,12
B 11		13 005,31

Dienstaltersstufe							
8	9	10	11	12	13	14	15
1 289,74	1 324,39						
1 351,76	1 386,41	1 421,06					
1 444,55	1 481,15	1 517,75					
1 529,74	1 572,09	1 614,44					
1 614,58	1 662,86	1 711,14					
1 702,11	1 752,15	1 802,19	1 853,45				
1 810,91	1 862,67	1 915,22	1 967,77	2 022,27	2 080,62		
1 968,15	2 036,28	2 108,20	2 180,12	2 252,04	2 323,96		
2 196,53	2 270,72	2 344,91	2 419,10	2 493,29	2 567,48		
2 516,66	2 608,84	2 701,02	2 793,20	2 885,38	2 977,56		
2 841,49	2 935,93	3 030,37	3 124,81	3 219,25	3 313,69	3 408,13	
3 163,03	3 275,64	3 388,25	3 500,86	3 613,47	3 726,08	3 838,69	
3 541,78	3 663,37	3 784,96	3 906,55	4 028,14	4 149,73	4 271,32	
3 873,22	4 030,87	4 188,52	4 346,17	4 503,82	4 661,47	4 819,12	
4 336,11	4 509,43	4 682,75	4 856,07	5 029,39	5 202,71	5 376,03	5 549,35
4 874,08	5 074,54	5 275,00	5 475,46	5 675,92	5 876,38	6 076,84	6 277,30

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse							
C 1	I b	Stufe 1 3 312,67				Stufe 2 3 434,31		
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 2	I b	2 698,12	2 891,87	3 085,62	3 279,37	3 473,12	3 666,87	3 860,62
C 3		3 049,34	3 268,70	3 488,06	3 707,42	3 926,78	4 146,14	4 365,50
C 4	I a	3 949,17	4 169,68	4 390,19	4 610,70	4 831,21	5 051,72	5 272,23

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	3 486,23	3 733,85	3 981,47	4 229,09	4 476,71	4 724,33	4 971,95	5 219,57	5 467,19	5 714,81
R 2		4 078,89	4 326,51	4 574,13	4 821,75	5 069,37	5 316,99	5 564,61	5 812,23	6 059,85	6 307,47

R 3	I a	6 885,85
R 4		7 343,52
R 5		7 868,60
R 6		8 364,45
R 7		8 846,77
R 8		9 349,52
R 9		9 973,75
R 10		12 464,71

Stufe 3							3 555,92
8	9	10	11	12	13	14	15
4 054,37	4 248,12	4 441,87	4 635,62	4 829,37	5 023,12	5 216,87	5 410,62
4 584,86	4 804,22	5 023,58	5 242,94	5 462,30	5 681,66	5 901,02	6 120,38
5 492,74	5 713,25	5 933,76	6 154,27	6 374,78	6 595,29	6 815,80	7 036,31

Anlage 2
(Anlage V des BBesG)

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	848,38	983,72	1 099,52
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	715,68	851,02	966,82
I c	A 9 bis A 12	636,05	771,39	887,19
II	A 1 bis A 8	599,17	728,05	843,85

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 115,80 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 508,84 DM
Tarifklasse II 479,34 DM

Anlage 3a

(Anlage VIa des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	920	1 105	1 290	1 475	1 660	1 845	2 030	2 215	2 400	2 585	2 770	2 955
A 5 bis A 6	1 051	1 247	1 443	1 639	1 835	2 031	2 227	2 423	2 619	2 815	3 011	3 207
A 7 bis A 8	1 188	1 404	1 620	1 836	2 052	2 268	2 484	2 700	2 916	3 132	3 348	3 564
A 9	1 397	1 629	1 861	2 093	2 325	2 557	2 789	3 021	3 253	3 485	3 717	3 949
A 10	1 582	1 823	2 064	2 305	2 546	2 787	3 028	3 269	3 510	3 751	3 992	4 233
A 11	1 737	1 992	2 247	2 502	2 757	3 012	3 267	3 522	3 777	4 032	4 287	4 542
A 12	1 932	2 201	2 470	2 739	3 008	3 277	3 546	3 815	4 084	4 353	4 622	4 891
A 13	2 124	2 405	2 686	2 967	3 248	3 529	3 810	4 091	4 372	4 653	4 934	5 215
A 14	2 320	2 610	2 900	3 190	3 480	3 770	4 060	4 350	4 640	4 930	5 220	5 510
A 15	2 593	2 907	3 221	3 535	3 849	4 163	4 477	4 791	5 105	5 419	5 733	6 047
A 16 bis B 2	2 777	3 111	3 445	3 779	4 113	4 447	4 781	5 115	5 449	5 783	6 117	6 451
B 3 bis B 4	2 798	3 153	3 508	3 863	4 218	4 573	4 928	5 283	5 638	5 993	6 348	6 703
B 5 bis B 7	3 103	3 496	3 889	4 282	4 675	5 068	5 461	5 854	6 247	6 640	7 033	7 426
B 8 und höher	3 370	3 818	4 266	4 714	5 162	5 610	6 058	6 506	6 954	7 402	7 850	8 298

Anlage 3b

(Anlage VIb des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	782	939	1 096	1 253	1 410	1 567	1 724	1 881	2 038	2 195	2 352	2 509
A 5 bis A 6 ...	893	1 060	1 227	1 394	1 561	1 728	1 895	2 062	2 229	2 396	2 563	2 730
A 7 bis A 8 ...	1 010	1 194	1 378	1 562	1 746	1 930	2 114	2 298	2 482	2 666	2 850	3 034
A 9	1 187	1 384	1 581	1 778	1 975	2 172	2 369	2 566	2 763	2 960	3 157	3 354
A 10	1 345	1 550	1 755	1 960	2 165	2 370	2 575	2 780	2 985	3 190	3 395	3 600
A 11	1 476	1 693	1 910	2 127	2 344	2 561	2 778	2 995	3 212	3 429	3 646	3 863
A 12	1 642	1 871	2 100	2 329	2 558	2 787	3 016	3 245	3 474	3 703	3 932	4 161
A 13	1 805	2 044	2 283	2 522	2 761	3 000	3 239	3 478	3 717	3 956	4 195	4 434
A 14	1 972	2 219	2 466	2 713	2 960	3 207	3 454	3 701	3 948	4 195	4 442	4 689
A 15	2 204	2 471	2 738	3 005	3 272	3 539	3 806	4 073	4 340	4 607	4 874	5 141
A 16 bis B 2 ...	2 360	2 644	2 928	3 212	3 496	3 780	4 064	4 348	4 632	4 916	5 200	5 484
B 3 bis B 4 ...	2 378	2 680	2 982	3 284	3 586	3 888	4 190	4 492	4 794	5 096	5 398	5 700
B 5 bis B 7 ...	2 638	2 972	3 306	3 640	3 974	4 308	4 642	4 976	5 310	5 644	5 978	6 312
B 8 und höher	2 865	3 246	3 627	4 008	4 389	4 770	5 151	5 532	5 913	6 294	6 675	7 056

Anlage 3c
(Anlage VIc des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	644	774	904	1 034	1 164	1 294	1 424	1 554	1 684	1 814	1 944	2 074
A 5 bis A 6 ...	736	873	1 010	1 147	1 284	1 421	1 558	1 695	1 832	1 969	2 106	2 243
A 7 bis A 8 ...	832	983	1 134	1 285	1 436	1 587	1 738	1 889	2 040	2 191	2 342	2 493
A 9	978	1 140	1 302	1 464	1 626	1 788	1 950	2 112	2 274	2 436	2 598	2 760
A 10	1 107	1 276	1 445	1 614	1 783	1 952	2 121	2 290	2 459	2 628	2 797	2 966
A 11	1 216	1 394	1 572	1 750	1 928	2 106	2 284	2 462	2 640	2 818	2 996	3 174
A 12	1 352	1 540	1 728	1 916	2 104	2 292	2 480	2 668	2 856	3 044	3 232	3 420
A 13	1 487	1 684	1 881	2 078	2 275	2 472	2 669	2 866	3 063	3 260	3 457	3 654
A 14	1 624	1 827	2 030	2 233	2 436	2 639	2 842	3 045	3 248	3 451	3 654	3 857
A 15	1 815	2 035	2 255	2 475	2 695	2 915	3 135	3 355	3 575	3 795	4 015	4 235
A 16 bis B 2 ...	1 944	2 178	2 412	2 646	2 880	3 114	3 348	3 582	3 816	4 050	4 284	4 518
B 3 bis B 4 ...	1 959	2 207	2 455	2 703	2 951	3 199	3 447	3 695	3 943	4 191	4 439	4 687
B 5 bis B 7 ...	2 172	2 447	2 722	2 997	3 272	3 547	3 822	4 097	4 372	4 647	4 922	5 197
B 8 und höher	2 359	2 673	2 987	3 301	3 615	3 929	4 243	4 557	4 871	5 185	5 499	5 813

Anlage 3d
(Anlage VI d des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	451	542	633	724	815	906	997	1 088	1 179	1 270	1 361	1 452
A 5 bis A 6 ...	515	611	707	803	899	995	1 091	1 187	1 283	1 379	1 475	1 571
A 7 bis A 8 ...	582	688	794	900	1 006	1 112	1 218	1 324	1 430	1 536	1 642	1 748
A 9	685	798	911	1 024	1 137	1 250	1 363	1 476	1 589	1 702	1 815	1 928
A 10	775	893	1 011	1 129	1 247	1 365	1 483	1 601	1 719	1 837	1 955	2 073
A 11	851	976	1 101	1 226	1 351	1 476	1 601	1 726	1 851	1 976	2 101	2 226
A 12	946	1 078	1 210	1 342	1 474	1 606	1 738	1 870	2 002	2 134	2 266	2 398
A 13	1 041	1 179	1 317	1 455	1 593	1 731	1 869	2 007	2 145	2 283	2 421	2 559
A 14	1 137	1 279	1 421	1 563	1 705	1 847	1 989	2 131	2 273	2 415	2 557	2 699
A 15	1 271	1 425	1 579	1 733	1 887	2 041	2 195	2 349	2 503	2 657	2 811	2 965
A 16 bis B 2 ...	1 361	1 525	1 689	1 853	2 017	2 181	2 345	2 509	2 673	2 837	3 001	3 165
B 3 bis B 4 ...	1 371	1 545	1 719	1 893	2 067	2 241	2 415	2 589	2 763	2 937	3 111	3 285
B 5 bis B 7 ...	1 520	1 713	1 906	2 099	2 292	2 485	2 678	2 871	3 064	3 257	3 450	3 643
B 8 und höher	1 651	1 871	2 091	2 311	2 531	2 751	2 971	3 191	3 411	3 631	3 851	4 071

(Anlage VIe des BBesG)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	547	658	769	880	991	1 102	1 213	1 324	1 435	1 546	1 657	1 768
A 5 bis A 6 ...	626	742	858	974	1 090	1 206	1 322	1 438	1 554	1 670	1 786	1 902
A 7 bis A 8 ...	707	835	963	1 091	1 219	1 347	1 475	1 603	1 731	1 859	1 987	2 115
A 9	831	969	1 107	1 245	1 383	1 521	1 659	1 797	1 935	2 073	2 211	2 349
A 10	941	1 085	1 229	1 373	1 517	1 661	1 805	1 949	2 093	2 237	2 381	2 525
A 11	1 034	1 185	1 336	1 487	1 638	1 789	1 940	2 091	2 242	2 393	2 544	2 695
A 12	1 149	1 309	1 469	1 629	1 789	1 949	2 109	2 269	2 429	2 589	2 749	2 909
A 13	1 264	1 431	1 598	1 765	1 932	2 099	2 266	2 433	2 600	2 767	2 934	3 101
A 14	1 380	1 553	1 726	1 899	2 072	2 245	2 418	2 591	2 764	2 937	3 110	3 283
A 15	1 543	1 730	1 917	2 104	2 291	2 478	2 665	2 852	3 039	3 226	3 413	3 600
A 16 bis B 2 ...	1 652	1 851	2 050	2 249	2 448	2 647	2 846	3 045	3 244	3 443	3 642	3 841
B 3 bis B 4 ...	1 665	1 876	2 087	2 298	2 509	2 720	2 931	3 142	3 353	3 564	3 775	3 986
B 5 bis B 7 ...	1 846	2 080	2 314	2 548	2 782	3 016	3 250	3 484	3 718	3 952	4 186	4 420
B 8 und höher	2 005	2 272	2 539	2 806	3 073	3 340	3 607	3 874	4 141	4 408	4 675	4 942

(Anlage VI f des BBesG)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2	
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		12
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	174	199	224	249	274	299	324	349	374	399	424	449	174
Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.													

Anlage 4
(Anlage VII des BBesG)

**Zulage für die Beamten in der Ständigen
Vertretung der Bundesrepublik Deutschland
bei der Deutschen Demokratischen Republik**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 175	1 037
A 5 bis A 6	1 316	1 130
A 7 bis A 8	1 474	1 277
A 9	1 689	1 424
A 10	1 874	1 578
A 11	2 036	1 697
A 12	2 239	1 841
A 13	2 432	2 005
A 14	2 622	2 172
A 15	2 909	2 382
A 16	3 109	2 501
B 3	3 163	2 501
B 6	3 496	2 678
B 9 und höher	3 834	2 853

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 5

(Anlage VIII des BBesG)

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

1. Für Anwärter, die vor dem 1. Januar 1982 eingestellt worden sind:

Eingangssamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	900	1 010	286	95
A 5 bis A 8	1 078	1 232	330	95
A 9 bis A 11	1 272	1 450	381	95
A 12	1 627	1 833	418	95
A 13	1 687	1 895	426	95
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs.1 Buchstabe d der Vorbe- merkungen zu den Bundesbesoldungsordnun- gen A und B) oder R 1	1 747	1 961	432	95

2. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1981 und vor dem 1. Januar 1984 eingestellt worden sind:

Eingangssamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	848	955	272	91
A 5 bis A 8	1 016	1 160	313	91
A 9 bis A 11	1 130	1 298	363	91
A 12	1 378	1 566	383	91
A 13	1 428	1 624	397	91
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs.1 Buchstabe d der Vorbe- merkungen zu den Bundesbesoldungsordnun- gen A und B) oder R 1	1 477	1 681	410	91

3. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

Eingangssamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	848	955	272	91
A 5 bis A 8	1 016	1 160	313	91
A 9 bis A 11	1 092	1 254	363	91
A 12	1 287	1 461	383	91
A 13	1 332	1 514	397	91
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs.1 Buchstabe d der Vorbe- merkungen zu den Bundesbesoldungsordnun- gen A und B) oder R 1	1 378	1 569	410	91

Anlage 6
(Anlage IX des BBesG)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
§ 44	bis zu 150,00	des mittleren Dienstes	150,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00	des gehobenen Dienstes	200,00
§ 50 a	100,00	des höheren Dienstes	250,00
§ 78	bis zu 150,00		
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Nummer 8 a	
Vorbemerkungen		Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00	A 1 bis A 5	110,00
Nummer 4	50,00	A 6 bis A 9	150,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu 80,00	A 10 bis A 13	185,00
Buchstabe b	bis zu 50,00	A 14 und höher	220,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	450,00	für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
Buchstabe b	360,00	des mittleren Dienstes	80,00
Buchstabe c	288,00	des gehobenen Dienstes	105,00
Nummer 6 a	120,00	des höheren Dienstes	130,00
Nummer 7		Nummer 9	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 1 bis A 5	A 5	von einem Jahr	60,00
A 6 bis A 9	A 9	von zwei Jahren	120,00
A 10 bis A 13	A 13	Nummer 10 Abs. 1	
A 14, A 15, B 1	A 15	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	von einem Jahr	60,00
B 5 bis B 7	B 6	von zwei Jahren	120,00
B 8 bis B 10	B 9	Nummer 11	
B 11	B 11	$\frac{1}{12}$ des Grund- gehalts und des Ortszuschlags*)	
Nummer 8 Abs. 1		Nummer 12	90,00
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungs- gruppen		Nummer 13 a	bis zu 150,00
A 1 bis A 5	200,00	Nummer 19 Satz 1	272,03
A 6 bis A 9	275,00	Nummer 23	
A 10 bis A 13	350,00	Absatz 1	87,00
A 14 und höher	425,00	Absatz 2	145,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
nach Absatz 3 Satz 2 ruhe- gehaltfähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 24	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes/ für Unteroffiziere	87,00
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Be- soldungsgruppe A 12	145,00
nach Absatz 2 ruhegehalt- fähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes/ bei Unteroffizieren	67,00
des gehobenen Dienstes/ bei Offizieren bis zur Besoldungsgruppe A 12	100,00
Nummer 25 Abs. 1	100,00
Nummer 26	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	67,00
des gehobenen Dienstes	100,00
Absatz 2	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a	67,00
Buchstabe b	67,00
Buchstabe c	100,00
Buchstabe d	100,00
Nummer 30	145,00
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig	45,00
Besoldungsgruppen	Fußnoten
A 2	1
	2
A 3	1, 2
A 4	1, 2
A 5	3, 4
	5
A 7	2
	3
A 8	2
	3

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 9	2
	3, 4
A 12	7, 8
A 13	6
	7
A 14	5
A 15	7
B 9	3
B 10	1, 2
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)
für Professoren der Besol- dungsgruppe C 2 und für Hochschulassistenten	A 15
für Professoren der Besol- dungsgruppen C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	402,00
der Besoldungsgruppe R 2	450,00
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Rich- ter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehör- den, der Hauptverwal- tung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt über- tragen ist, für die Rich- ter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	225,60
R 2	3 bis 8, 10	225,60
R 3	3	225,60
R 8	2	451,16

**Erste Verordnung
zur Änderung der Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier
Vom 18. Juli 1986**

Auf Grund der §§ 1 bis 3 des Handelsklassengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. November 1972 (BGBl. I S. 2201) wird im Einvernehmen mit den Bundesministern für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und für Wirtschaft sowie auf Grund des § 26 Abs. 3 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen vom 31. August 1972 (BGBl. I S. 1617), der durch § 23 Nr. 4 des Gesetzes vom 23. Juni 1976 (BGBl. I S. 1608) geändert worden ist, mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier vom 20. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3138) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 3 wird folgender § 3 a eingefügt:

„§ 3 a

Empfohlenes Verkaufsdatum

Bei Angabe des empfohlenen Verkaufsdatums ist das Datum durch die Worte „Verkauf empfohlen bis“ zu bezeichnen.“

2. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer

1. gegen die Verordnung (EWG) Nr. 95/69 der Kommission vom 17. Januar 1969 zur Durchführung der Verordnung des Rates über Vermarktungsnormen für Eier (ABl. EG Nr. L 13 S. 13), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 3759/85 der Kommission vom 23. Dezember 1985 (ABl. EG Nr. L 356 S. 64), verstößt, indem er

- a) entgegen Artikel 11 Abs. 1 oder 7 bei Angabe der Art und Weise der Legehennenhaltung eine andere als die vorgeschriebene Kennzeichnung verwendet,
- b) entgegen Artikel 11 Abs. 2 Satz 2 oder 3, Abs. 4 Satz 3 oder Abs. 6 Satz 1 oder entgegen Artikel 12 Abs. 2 oder 3 Satz 1 die geforderten Bücher oder Register nicht oder nicht ordnungsgemäß führt oder

- c) entgegen Artikel 11 Abs. 5 Satz 1 der zuständigen Behörde den Tag der Sortierung nicht oder nicht rechtzeitig mitteilt oder

2. gegen die Verordnung (EWG) Nr. 1295/70 der Kommission vom 1. Juli 1970 über ergänzende Vorschriften zur Kennzeichnung bestimmter Verpackungen für Eier, die unter die Verordnung des Rates über Vermarktungsnormen für Eier fallen (ABl. EG Nr. L 145 S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 36/85 der Kommission vom 7. Januar 1985 (ABl. EG Nr. L 5 S. 5), verstößt, indem er entgegen Artikel 2 Abs. 2 Großpackungen oder entgegen Artikel 2 Abs. 4 Kleinpackungen mit umgepackten Eiern nicht mit der vorgeschriebenen Kennzeichnung zum Verkauf vorrätig hält, anbietet, feilhält, liefert, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt.“

- b) In Absatz 5 wird in Nummer 2 das Wort „oder“ gestrichen und folgende Nummer 2 a eingefügt:

- „2 a. entgegen § 3 a bei Angabe des empfohlenen Verkaufsdatums eine andere als die vorgeschriebene Bezeichnung des Datums verwendet oder“.

Artikel 2

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung treten die Erste Verordnung zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1619/68 des Rates der Europäischen Gemeinschaften über Vermarktungsnormen für Eier vom 12. März 1969 (BANz. Nr. 58 vom 25. März 1969) und die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Bekanntmachungen außer Kraft.

Artikel 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 11 des Handelsklassengesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 18. Juli 1986

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
I. Kiechle

Bundesgesetzblatt Teil II

Nr. 23, ausgegeben am 19. Juli 1986

Tag	Inhalt	Seite
10. 7. 86	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 19. November 1984 zur Errichtung der Inter-amerikanischen Investitionsgesellschaft	750
30. 6. 86	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit	770
1. 7. 86	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-marokkanischen Abkommens über Soziale Sicherheit	772

Preis dieser Ausgabe: 4,40 DM (3,60 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,20 DM.
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.
Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Nr. 24, ausgegeben am 22. Juli 1986

Tag	Inhalt	Seite
16. 7. 86	Verordnung über den Amtsbereich der vorgeschobenen deutschen Grenzdienststellen am Grenzübergang Suben-Autobahn	774
30. 6. 86	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank	777
1. 7. 86	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Haiti über Finanzielle Zusammenarbeit	777
3. 7. 86	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme	779
3. 7. 86	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	780
4. 7. 86	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-ecuadorianischen Doppelbesteuerungsabkommens	781
8. 7. 86	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der in Genf am 23. Oktober 1978 unterzeichneten Fassung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	782
9. 7. 86	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten deutsch-niederländischer Vorkriegsverträge	783

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (1,80 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,40 DM.
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.
Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EG – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
Vorschriften für die Agrarwirtschaft			
19. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1911/86 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 857/84 über Grundregeln für die Anwendung der Abgabe gemäß Artikel 5 c der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 im Sektor Milch und Milcherzeugnisse	L 165/6	21. 6. 86
20. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1915/86 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen für den Absatz von im Rahmen der Destillationen gemäß Artikel 39, 40 und 41 der Verordnung (EWG) Nr. 337/79 gewonnenem Alkohol aus Beständen der Interventionsstellen	L 165/14	21. 6. 86
20. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1916/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 572/73 zur Festlegung der Erzeugnisse auf dem Eiersektor und auf dem Sektor Geflügelfleisch, die für eine Vorausfestsetzung der Ausfuhrerstattung in Frage kommen	L 165/19	21. 6. 86
20. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1917/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3652/81 der Kommission vom 18. Dezember 1981 über besondere Durchführungs Vorschriften für Vorausfestsetzungsbescheinigungen für Erstattungen auf dem Sektor Geflügelfleisch und Eier	L 165/22	21. 6. 86
20. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1918/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 582/86 mit Übergangsbestimmungen zur Kontrolle der Preise und Mengen bestimmter in Spanien und Portugal in den Verkehr gebrachter Erzeugnisse des Fettsektors	L 165/25	21. 6. 86
20. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1919/86 der Kommission über eine besondere Interventionsmaßnahme für Hartweizen in Griechenland	L 165/26	21. 6. 86
23. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1924/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1489/86 zur vorübergehenden Abweichung von bestimmten Vorschriften der Verordnungen (EWG) Nr. 2213/76 über den Verkauf von Magermilchpulver aus staatlicher Lagerhaltung und (EWG) Nr. 2315/76 über den Verkauf von Butter aus staatlicher Lagerhaltung	L 167/6	24. 6. 86
23. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1926/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1445/76 zur Festsetzung der Liste der verschiedenen Sorten von <i>Lolium perenne</i> L.	L 167/9	24. 6. 86
23. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1927/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 788/86 zur Festsetzung der bei der Einfuhr bestimmter Käsesorten mit Ursprung in und Herkunft aus der Schweiz anwendbaren Werte frei spanische Grenze	L 167/11	24. 6. 86
23. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1928/86 der Kommission zur Festsetzung der für das Wirtschaftsjahr 1986/87 im Weinsektor geltenden Referenzpreise	L 167/13	24. 6. 86
23. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1929/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 576/86 zur Festsetzung der bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 1985/86 geltenden Beitrittsausgleichsbeträge für Getreide und Reis sowie der Koeffizienten für die Berechnung der auf bestimmte Verarbeitungserzeugnisse anzuwendenden Beträge	L 167/16	24. 6. 86
23. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1930/86 der Kommission über Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung im Rindfleischsektor gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1653/86 des Rates	L 167/18	24. 6. 86

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABl. EG – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
26. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1969/86 der Kommission zur siebzehnten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 610/77 zur Bestimmung der auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft festgestellten Preise für ausgewachsene Rinder und zur Ermittlung der Preise einiger anderer Rinder in der Gemeinschaft	L 170/24	27. 6. 86
26. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1970/86 der Kommission zur Festsetzung der Schwellenpreise für Getreide und für bestimmte Arten von Mehl, Grob- und Feingrieß für das Wirtschaftsjahr 1986/87	L 170/26	27. 6. 86
24. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1983/86 des Rates zur Festlegung von Grundregeln für die direkte Beihilferegelung zugunsten der Kleinerzeuger im Getreidesektor	L 171/1	28. 6. 86
24. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1984/86 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1578/72 zur Festlegung der Grundregeln für die Festsetzung der Referenzpreise und für die Aufstellung der Angebotspreise frei Grenze für Hybridmais zur Aussaat	L 171/3	28. 6. 86
24. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1985/86 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1117/86 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter	L 171/4	28. 6. 86
24. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1986/86 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 477/86 zum Erlaß geeigneter Maßnahmen für den Handel mit Ölverarbeitungserzeugnissen mit Spanien und Portugal	L 171/5	28. 6. 86
24. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1987/86 des Rates zur Revision des Höchstsatzes der Produktionsabgabe für B-Zucker und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1453/86 hinsichtlich des Mindestpreises für B-Zuckerrüben für das Wirtschaftsjahr 1986/87	L 171/6	28. 6. 86
26. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1994/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 67/86 über die Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr von vorübergehend haltbar gemachten Himbeeren	L 171/25	28. 6. 86
27. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1995/86 der Kommission zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 612/86, (EWG) Nr. 613/86, (EWG) Nr. 614/86 und (EWG) Nr. 615/86 hinsichtlich der zeitlichen Aufteilung der Anfangskontingente für das Jahr 1986 für die Einfuhren von Erzeugnissen des Sektors Schweinefleisch nach Spanien und Portugal	L 171/26	28. 6. 86
27. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1996/86 der Kommission zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 618/86, (EWG) Nr. 619/86, (EWG) Nr. 620/86, (EWG) Nr. 621/86 und (EWG) Nr. 622/86 über die zeitliche Aufteilung der in Spanien und Portugal 1986 anwendbaren Anfangskontingente bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Sektoren Eier und Geflügelfleisch sowie von Fleisch von Hauskaninchen	L 171/28	28. 6. 86
27. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2000/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 606/86 mit Durchführungsbestimmungen zum ergänzenden Handelsmechanismus für aus der Zehnergemeinschaft nach Spanien eingeführte Milcherzeugnisse	L 171/36	28. 6. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2023/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 578/86 zur Einführung einer Abgabe auf aus Spanien ausgeführten Mais	L 173/33	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2024/86 der Kommission zur Festsetzung der Referenzpreise von Hybridmais und Hybridsorghum zur Aussaat für das Wirtschaftsjahr 1986/87	L 173/36	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2026/86 der Kommission zur Aufhebung der Beitrittsausgleichsbeträge für die Erzeugnisse des Eiersektors infolge des Beitritts Spaniens	L 173/42	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2027/86 der Kommission zur vorübergehenden Aussetzung einiger Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 2042/75 über besondere Durchführungs Vorschriften für Einfuhr- und Ausfuhr lizenzen für Getreide und Reis	L 173/41	1. 7. 86

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EG – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	Sprache – vom
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2029/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1680/78 hinsichtlich der Berichtigung der Ausfuhrerstattung für Malz gemäß Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75	L 173/44	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2030/86 der Kommission zur Festsetzung des den Erzeugern unverarbeiteter getrockneter Feigen zu zahlenden Mindestpreises sowie der Produktionsbeihilfe für getrocknete Feigen im Wirtschaftsjahr 1986/87	L 173/45	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2031/86 der Kommission zur Festsetzung des den Pfirsicherzeugern zu zahlenden Mindestpreises sowie der Produktionsbeihilfe für Pfirsiche in Sirup im Wirtschaftsjahr 1986/87	L 173/47	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2032/86 der Kommission zur Festsetzung des Pauschbetrags für die Anwendung der Mindestlagermengenregelung im Zuckersektor für das Wirtschaftsjahr 1986/87	L 173/49	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2033/86 der Kommission zur Festsetzung der Referenzpreise für Birnen für das Wirtschaftsjahr 1986/87	L 173/50	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2034/86 der Kommission zur Festsetzung der Referenzpreise für Äpfel für das Wirtschaftsjahr 1986/87	L 173/52	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2035/86 der Kommission zur Festsetzung der Ausgleichsbeträge für Verarbeitungserzeugnisse aus Tomaten für das Wirtschaftsjahr 1986/87 und zur Festlegung besonderer Bestimmungen für ihre Anwendung	L 173/54	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2036/86 der Kommission zur Änderung der durch die Verordnung (EWG) Nr. 581/86 festgesetzten Beitrittsausgleichsbeträge im Zuckersektor	L 173/57	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2037/86 der Kommission zur Festsetzung der im Sektor Getreide geltenden Beitrittsausgleichsbeträge für das Wirtschaftsjahr 1986/87 sowie der Koeffizienten für die Berechnung der auf bestimmte Verarbeitungserzeugnisse anzuwendenden Beträge	L 173/60	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2038/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 577/86 über die Anwendung von Beitrittsausgleichsbeträgen auf bestimmte Verarbeitungserzeugnisse des Getreidesektors aufgrund des Beitritts Spaniens	L 173/62	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2039/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2835/77 über die Durchführung der Beihilfegewährung für Hartweizen	L 173/64	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2040/86 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen für die Mitverantwortungsabgabe im Getreidesektor	L 173/65	1. 7. 86
30. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 2043/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2042/75 des Rates über besondere Durchführungs-vorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Getreide und Reis	L 173/70	1. 7. 86
Andere Vorschriften			
16. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1909/86 des Rates zur Einführung einer Überwachung der Einfuhren bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika	L 165/1	21. 6. 86
16. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1910/86 des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Aprikosenpülpe der Tarifstelle ex 20.06 B II c) 1 aa) des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in der Türkei	L 165/4	21. 6. 86
18. 6. 86	Verordnung (EWG) Nr. 1945/86 des Rates zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für einige industrielle Waren	L 174/1	1. 7. 86

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABl. EG	
	– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
24. 6. 86 Verordnung (EWG) Nr. 1946/86 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 273/83 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von leichten Natriumkarbonat mit Ursprung in Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, Polen, Rumänien und der Sowjetunion	L 169/1	26. 6. 86
24. 6. 86 Verordnung (EWG) Nr. 1947/86 des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für bestimmte Weine mit Ursprungsbezeichnung der Tarifstelle ex 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Marokko (1986/87)	L 169/2	26. 6. 86
24. 6. 86 Verordnung (EWG) Nr. 1952/86 der Kommission zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren	L 169/17	26. 6. 86
26. 6. 86 Verordnung (EWG) Nr. 1968/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3749/83 in bezug auf den Gegenwert der ECU in nationalen Währungen	L 170/23	27. 6. 86
26. 6. 86 Verordnung (EWG) Nr. 1971/86 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2819/79 in bezug auf bestimmte Textilwaren (Kategorie 73) mit Ursprung in der Türkei	L 170/27	27. 6. 86
24. 6. 86 Verordnung (EWG) Nr. 2009/86 des Rates über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama andererseits	L 172/1	30. 6. 86
30. 6. 86 Verordnung (EWG) Nr. 2028/86 der Kommission über bestimmte Ausfuhrlicenzen mit Vorausfestsetzung der Erstattung	L 173/43	1. 7. 86
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 591/86 der Kommission vom 28. Februar 1986 mit Durchführungsvorschriften für die im Handel zwischen der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31. Dezember 1985 und Spanien sowie Portugal anzuwendenden Ausfuhrerstattungen (ABl. Nr. L 58 vom 1. 3. 1986)	L 179/35	3. 7. 86
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 1577/86 des Rates vom 23. Mai 1986 zur Festsetzung der Zielpreise, der Interventionspreise und der Käufem von Tabakblättern gewährten Prämien sowie der abgeleiteten Interventionspreise für Tabakballen, der Bezugsqualitäten und der Anbaugelände für die Ernte 1986 (ABl. Nr. L 139 vom 24. 5. 1986)	L 179/35	3. 7. 86
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 1836/86 der Kommission vom 12. Juni 1986 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 685/69 hinsichtlich des Zeitpunkts der Übernahme von Butter bei der Intervention (ABl. Nr. L 158 vom 13. 6. 1986)	L 179/35	3. 7. 86
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 513/86 der Kommission vom 26. Februar 1986 zur Änderung der Anhänge 1, 4, 5 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. L 51 vom 28. 2. 1986)	L 188/44	10. 7. 86
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2029/86 der Kommission vom 30. Juni 1986 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1680/78 hinsichtlich der Berichtigung der Ausfuhrerstattung für Malz gemäß Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 (ABl. Nr. L 173 vom 1. 7. 1986)	L 188/44	10. 7. 86
— Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2136/86 der Kommission vom 8. Juli 1986 zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für Äthylacetat der Tarifstelle 29.14 A II c) ex 1 des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Brasilien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3599/85 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden (ABl. Nr. L 187 vom 9. 7. 1986)	L 188/44	10. 7. 86

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 57,60 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1986 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,40 DM (3,60 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,20 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 425. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung,
abgeschlossen am 30. Juni 1986,
ist im Bundesanzeiger Nr. 125 vom 12. Juli 1986 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen
alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs
sowie Hinweise auf die
Bundtags- und Bundesrats-Drucksachen
und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung
folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 125 vom 12. Juli 1986 kann zum Preis von 4,85 DM
(3,95 DM + 0,90 DM Versandkosten einschl. 7 % Mehrwertsteuer)
gegen Voreinsendung des Betrages
auf das Postgirokonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 (BLZ 370 100 50)
bezogen werden.